

## Die Kulturpropaganda der DKP als Teil der SED-Deutschlandpolitik

Die „Neukonstituierung“ der DKP im Jahre 1958, der langwierige und komplizierte Geheimverhandlungen unter Vermittlung der italienischen Kommunisten vorausgegangen waren<sup>1</sup>, wurde von der SED als wichtiger politischer Erfolg gewertet und als „Indiz für ein verändertes Kräfteverhältnis zugunsten des realsozialistischen Lagers“ betrachtet. Auch ideologisch hatte die SED-Führung Gründe, die DKP-Neugründung als Sieg zu feiern, auch wenn damit die alte Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 nicht voll durchgesetzt worden war. Die SED war im unruhigen Jahr 1968 allen Versuchen reformistischer oder maoistischer Gruppen der „Neuen Linken“, eine unabhängige Kommunistische Partei ins Leben zu rufen, zuvorgekommen und konnte damit für ihr Ziehkind innerhalb der bundesdeutschen Linken sogleich den politischen Führungsanspruch anmelden.

Der Aufbau der DKP erfolgte zügig nach detaillierten von der SED und der in Ostberlin residierenden KPD-Führung ausgearbeiteten Operationsplänen. Zwar hielt sich der alte Parteiapparat gegenüber der Öffentlichkeit zunächst noch verborgen. Dennoch wurden alle wichtigen und vor allem hauptamtlichen Führungspositionen von „bewährten Kadern“ besetzt. Mitglieder, die aus der außerparlamentarischen Opposition und aus der Studentenbewegung neu zur Partei gekommen waren, wurden aus Gründen der Optik nach vorn geschoben, aber wirklichen Einfluß auf die Programmatik und Praxis der DKP erhielten sie nie. Das Amt des Vorsitzenden wurde bis 1973 dem jüdischen Antifaschisten Kurt Bachmann übertragen, der nicht zum engeren in Ostberlin ansässigen Führungskern der KPD gehört hatte, aber der eigentlich starke Mann war auch damals schon sein Stellvertreter Herbert Mies. Mies wurde 1973 formell zum DKP-Vorsitzenden gewählt und behielt dieses Amt bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft im November 1989. Er war bereits seit 1946 ein „enger Kampfgefährte Erich Honeckers“, er war Vorsitzender der seit 1951 illegalen „FDJ-West“, als Honecker die Staatsjugend der DDR leitete, besuchte mit Honecker zusammen die Parteischule in Moskau und versah sein Amt an der Spitze der DKP immer so, als wäre er allein dem Generalsekretär der SED rechenschaftspflichtig, der „führenden Partei der ganzen deutschen

<sup>1</sup> Dazu ausführlich: Wilhelm Mensing (Hrsg.): Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben... Demokratische Starthilfe für die Gründung der DKP. Zürich/Osnabrück 1989.

Arbeiterklasse“. Er bestritt oft und gern, daß die DKP „eigene und besondere Interessen“ hätte, und betrachtete die Partei als westdeutschen, „im Bauch der imperialistischen Bestie operierenden Vorposten“ der SED. Sein Hauptziel, daraus hat er nie einen Hehl gemacht, war und blieb die „Stärkung der DDR“ – als Voraussetzung „für den siegreichen Kampf um den Sozialismus in ganz Deutschland“.

Die Bindungen der DKP an die DDR konnten nicht enger sein. Die allermeisten führenden Funktionäre waren im SED-Staat zuhause. Sie waren oft schon vor dem KPD-Verbot nach drüben übergesiedelt, hatten dort Familien gegründet und wurden dort seßhaft. Viele von ihnen behielten auch nach ihrer Rückkehr in den Westen in Ostberlin ihre Zweitwohnung, besaßen in Grenz-nähe eine „Datsche“ oder verfügten über einen festen Ferienplatz in einem Gästehaus der SED oder des FDGB. Mithilfe eines FDGB-„Ferienschecks“ konnten sie jederzeit in die DDR einreisen, konnten dort kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen und in vielen Partei-„Objekten“ Gastrecht beanspruchen. Die Mitarbeiter der Düsseldorfer Parteizentrale besaßen zudem Sonderausweise, die sie zum Einkauf in den Nomenklaturläden und zur bevorzugten Bedienung in allen HO-Restaurants berechtigten. So wird verständlich, daß sich die meisten DKP-Funktionäre an jedem freien Wochenende und in ihren Ferien in der DDR aufhielten und dort die „Segnungen des Sozialismus“ genossen, ohne etwas von den alltäglichen Sorgen und Ängsten der DDR-Bevölkerung zu erfahren. Die Weihnachtsfeiertage verbrachte das gesamte DKP-Präsidium samt seinen Familienangehörigen in aller Regel in einem SED-Gästehaus der Spitzenklasse, zusammen mit hochrangigen „Kampfgefährten“ der „Bruderpartei“.

Die Funktionäre auf der DKP-Bezirksebene hatten entsprechende „Anbindungen“ an die Parteiorganisationen in den SED-Partnerbezirken. Als Beispiel seien die Hamburg-Rostocker Parteibeziehungen genannt, die durch die räumliche Nähe zusätzlich begünstigt wurden. Für untere Funktionsträger gab es gleich hinter der innerdeutschen Grenze einen Stützpunkt mit Datschen, Wohnwagen- und Campingplätzen. Für die hauptamtlichen Parteiarbeiter stand mit dem Haus Stolteraa in Warnemünde ein eigenes Gästehaus zur Verfügung, in dem das Bezirkssekretariat auch Sitzungen und Wochenendtagungen durchführte. Die Westabteilung der Rostocker SED, die von Georg Rechel<sup>2</sup> geleitet wurde, verfügte über weitere vier Mitarbeiter, die ausschließlich für die Anleitung und Betreuung der Hamburger Genossen zuständig waren.

Das wichtigste Mittel zur Anbindung der DKP-Funktionäre an die SED war naturgemäß ihre Bezahlung. Die Mehrzahl der für die Partei hauptberuflich

2 Über Georg Rechel vgl. Peter Schütt, *Mein letztes Gefecht. Abschied und Beichte eines Genossen*. Böblingen 1992, S. 209 ff.

tätigen Genossen war formal bei einem in der Bundesrepublik tätigen DDR-Unternehmen angestellt, in Hamburg beim Reisebüro Hansa-Tourist und bei der Firma Richard Ihle beim Schiffstransport, der DDR-Niederlassung im Hamburger Hafen. Als im Dezember 1989 das Wirtschaftsimperium der SED im Westen zusammenbrach, lagen mit einem Male allein in Hamburg 29 Parteiarbeiter auf der Straße, von der SED besoldete Mitarbeiter der DKP, der VVN, der DFU, der SDAJ und des MSB Spartakus.<sup>3</sup>

Jeder hauptamtliche Funktionär der DKP mußte entweder vor Aufnahme seiner Tätigkeit oder zumindest nach den ersten drei, in Ausnahmefällen fünf Jahren Parteiarbeit eine Funktionärsschule besuchen, entweder das „Franz-Mehring-Institut“ in Berlin-Biesdorf oder die Leninschule in Moskau, zu der jedoch nur jeder sechste Parteischüler der DKP delegiert werden konnte. Für eine Tätigkeit auf Kreisebene war mindestens die Absolvierung eines Jahreslehrgangs erforderlich, für alle höheren Funktionen war ein Dreijahresstudium obligatorisch. Alle Lehrer am Franz-Mehring-Institut waren SED-Funktionäre. Der Lehrstoff war eng an das Parteilehrjahr der SED angelehnt. Für die „Mehrlinge“ war die Zeit in Ostberlin eine „harte Schule“. Sie durften nur zweimal im Jahr ihre Angehörigen treffen, durften nur selten Brief schreiben und nie telefonieren. Das Schulgelände durften sie in der Regel nur am Wochenende verlassen. Diese klösterlich strengen Verhaltensregeln sollten die Funktionäre zur bedingungslosen Hingabe an die Partei und an den SED-Sozialismus erziehen. Zwischen den Absolventen der Ostberliner und der Moskauer Parteischule bestand innerhalb der DKP eine gewisse Rivalität. Die „Moskowiter“ argwöhnten, sie würden beim Aufstieg im Parteiapparat benachteiligt. Insofern fällt auf, daß alle hauptamtlichen Funktionäre, die sich 1987/88 für die Erneuerung der DKP und für die „Perestroika“ einsetzten, nicht in Ostberlin, sondern in Moskau „Marxismus-Leninismus“ studiert hatten.

Zielstrebig und planmäßig betrieben die Führungen von SED und DKP vom Moment der Neukonstituierung an den Aufbau eines eigenen Kultur- und Medienimperiums. Die Bedingungen für die kommunistische Kulturpropaganda wurden im Westen Deutschlands als denkbar günstig betrachtet. Die DKP versuchte sich als „Deutsche Kulturpartei“ zu profilieren und damit unter intellektuellen Anhängern der Studentenbewegung Einfluß zu gewinnen. Schon 1969 wurden 14 bereits bestehende oder neugegründete Verlagsunternehmen, die von Kommunisten kontrolliert wurden, und anfangs zwei Dutzend, später bis zu 39 „collectiv“-Buchhandlungen zu einer Literaturholding zusammengeschlossen, der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer und sozialistischer Verleger und Buchhändler“. Mit dieser „AG“ stand der SED und der DKP

3 VVN = „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, seit 1980 mit dem Zusatz: BdA = „Bund der Antifaschisten“ – DFU = „Deutsche Friedensunion“ – SDA = „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ – MSB Spartakus = „Marxistischer Studentenbund Spartakus“.

ein kulturpolitisches Netzwerk zur Verfügung, dem keine der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Die Leitung der „AG“ hatte offiziell ihren Sitz beim „Brücken-Verlag“ in der Düsseldorfer Ackerstraße, aber mehr als einen Briefkasten gab es dort kaum. Die eigentliche Leitzentrale befand sich in Ostberlin, im Haus der ZK der SED, und dort oder in Leipzig wurden auch die meisten Vollversammlungen und Beratungen abgehalten. Nicht einmal der langjährige Leiter der „AG“, der Hamburger Buchhändler Erich Mayer, übte sein Amt tatsächlich aus. In Wirklichkeit arbeitete er in der „Finanzpolitischen Abteilung beim DKP-Parteivorstand“, eine Einrichtung, die hauptsächlich damit befaßt war, das von der SED bereitgestellte Geld zu waschen und zu wechseln.

Nicht alle „AG“-Unternehmen wurden von Kommunisten geleitet. Mitunter gerieten sie gegen ihren Willen in die Abhängigkeit von der SED wie beispielsweise der Verlag „Atelier im Bauernhaus“. Sein Inhaber war leichtfertig genug, auf die Dumping-Preise der Plambeck-Druckerei in Neuss hereinzufallen. Als seine Schuldenlast auf einige hunderttausend Mark angestiegen war, wurde die kommunistische Druckerei Teilhaber und zwang den Bauernhaus-Verleger auf diese Weise, mit der Literaturholding der DKP zu kooperieren. Auch mehrere Buchhandlungen aus dem Umfeld der „Neuen Linken“ wurden auf ähnliche Weise zu Beginn der siebziger Jahre zur Zusammenarbeit mit der „Arbeitsgemeinschaft“ gedrängt. Die Partei übernahm die Schuldenlast und sicherte sich so mit Hilfe des materiellen Hebels unbedingte Gefolgschaftstreue. Die allermeisten Mitarbeiter der „AG“-Verlage und Buchhandlungen wurden direkt oder indirekt von der SED finanziert, so daß die Personalkosten unvergleichlich niedriger als bei der bürgerlichen Konkurrenz waren. Die Bücher aus den DDR-Verlagen, die durchschnittlich sechzig Prozent des Buchhandelsumsatzes ausmachten, mußten in aller Regel nicht bezahlt werden. Dadurch konnten die „collectiv“-Buchhandlungen zum Teil beträchtliche Gewinne machen, die entweder als „legale“ Spenden in die DKP-Kassen flossen oder in kulturpolitische Aktivitäten investiert wurden. Vor allem den „bürgerlichen“ Autoren, die bereit waren, in einer „collectiv“-Buchhandlung oder auf einer DKP-Veranstaltung aufzutreten, wurden beachtliche Honorare geboten. Bei vielgefragten Autoren wie Bernt Engelmann konnten die Honorarsätze schon in den siebziger Jahren tausend Mark erreichen. Dank der großzügigen Alimentierung durch die SED konnten auch die „sozialistischen und demokratischen Verlage“ mit beachtlichen Bilanzen aufwarten. Der Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag, der heute als Papy-Rossy-Verlag weitergeführt wird, konnte sich rühmen, 1980 ebenso viele Bücher wie der Suhrkamp-Verlag auf dem Markt zu haben. Er beschäftigte bis zu 32 Angestellte und machte Jahresumsätze von rund zehn Millionen Mark. Im Sinne der „Bündnispolitik“ von SED und DKP sollte der Verlag vor allem in der Friedensbewegung und ins „bürgerliche und humanistische Lager“ hineinwirken. Obwohl nach außen hin jede Parteinähe

vermieden wurde, entschied allein die Hauptabteilung Verlage in Ostberlin über die Veröffentlichungspolitik. Pahl-Rugenstein-Geschäftsführer Neuhöffer beklagte sich intern gelegentlich darüber, daß er in seinem Verlagsprogramm Titel gefunden habe, von denen er vorher noch nie etwas gehört habe. Eine „fremde Hand“ habe sie einfach in den Verlagsprospekt hineingeschrieben.

Zum Medien-Imperium der DKP zählten jedoch nicht nur Buchverlage. Auch Unternehmen wie der Dortmunder Pläne-Schallplattenverlag, der vor allem die Politsänger Degenhardt, Wader und Süverkrüp vertrieb und vermarktete, und die Unidoc-Filmvertriebsgesellschaft in München gehörten dazu. Mit ihrem Medienapparat verfügten die Kommunisten über beachtliche Mittel und Möglichkeiten, im Westen Deutschlands ihre Kulturpropaganda zu verbreiten, um „fortschrittliche“ und gutgläubige „Kulturschaffende“ an sich zu binden und ihren Staat als das andere und „bessere Deutschland“, als die „einzige Alternative zur imperialistischen BRD“ darzustellen.

Die programmatische Grundlage für die Kulturarbeit der DKP lieferte die im November 1970 veröffentlichte Broschüre „Kultur und Kulturpolitik im antiimperialistischen Kampf“. Ihr Entstehungsprozeß kann als symptomatisch dafür gelten, wie die SED konkret Einfluß auf die DKP-Politik ausgeübt hat. Ein Jahr vor der Veröffentlichung waren die in der DKP organisierten oder mit ihr sympathisierenden Künstler und Schriftsteller aufgefordert worden, Vorschläge für ein Kulturprogramm der Partei zu machen. An die hundert Anregungen gingen beim Parteivorstand ein, und sie wurden von vier kulturell tätigen Genossen – einer von ihnen war ich selber – zu einem ersten Entwurf zusammengefaßt. Der Text lag verschiedenen Gremien zur Beratung vor, und er wurde schließlich von Kurt Hager, dem Kulturchef im ZK der SED, persönlich begutachtet – mit dem Ergebnis, daß die vier Verfasser des Entwurfs zu einem Nachhilfeseminar in ein Gästehaus der SED am Müggelsee bestellt wurden. Dort wurden sei von drei kulturwissenschaftlichen Experten des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften“ in alle Geheimnisse von Lenins „Zweikulturentheorie“ eingeführt. Ihr Arbeitspapier wurde schließlich Satz für Satz entsprechend umformuliert. Am Ende war der programmatische Entwurf nicht mehr wiederzuerkennen. Nur das Vorwort trug noch die Handschrift der westdeutschen Verfasser und stand in keinem inhaltlichen oder stilistischen Bezug zu den nachfolgenden theoretischen Ausführungen, die sich auf bemerkenswerte Weise mit einem im SED-Parteilehrjahr Herbst 1970 behandelten „Lehrbrief“ deckten: „Die aktuelle Bedeutung der Leninschen Lehre von den zwei Kulturen für den ideologischen Klassenkampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland und für die Bündnispolitik mit den antiimperialistisch-demokratischen Kräften auf kulturell-künstlerischem Gebiet.“<sup>4</sup>

4 Archiv des Autors.

Warum die SED so viel Wert auf die Zweikulturentheorie legte, hatte mit ihrer Deutschlandkonzeption zu tun. Die DDR verkörperte demnach die andere, bessere, demokratische, friedliebende und fortschrittliche Kultur in Deutschland, während die „imperialistische BRD“ von alledem das genaue Gegenteil repräsentierte, sie war der Hort der Reaktion, des Militarismus und des Neofaschismus und wurde beherrscht vom Schmutz und Schund der „imperialistischen Massenkultur“. „Während in der DDR die demokratische Kultur Deutschlands, deren beste Beispiele 1933 auf die Scheiterhaufen flogen, endgültig Heimatrecht und der Humanismus Macht gewonnen haben“, heißt es in der Kulturkampfschrift der DKP, werde das Alltagsleben der Bundesbürger geprägt von „kultureller Unterdrückung und imperialistischer Kulturdemontage“.<sup>5</sup>

Die kulturtheoretischen Verlautbarungen waren am Ende von solcher Dürftigkeit und stießen bei den ursprünglich zur Mitarbeit aufgeforderten Genossen im Westen auf so heftigen Widerspruch, daß der Parteivorstand davon absehen mußte, den von den Experten der SED manipulierten Text als „Kulturprogramm“ zu veröffentlichen. Er wurde stattdessen mit dem beschwichtigenden Untertitel „Anregungen zur Diskussion“ versehen. Von Kurt Hager persönlich wurde der Kernsatz „Kultur ist, wie der ganze Mensch lebt“ in die Kulturprogrammatische der DKP hineindikiert. Erstaunlicherweise fand gerade diese vulgärmarxistische Platitüde in den siebziger Jahren Eingang in die kulturpolitischen Forderungskataloge der meisten Einzelgewerkschaften des DGB. Sogar der langjährige Kulturreferent der Düsseldorfer DGB-Spitze, Oswald Todtenberg, führte diese Losung gern auf seinen Lippen und verlieh ihr darum in den Augen der Kommunisten gleichsam höhere Weihen. Die „Weite und Offenheit des marxistischen Kulturbegriffs“ hatte für die Agitation von SED und DKP einige praktische Vorzüge. Sie erlaubte es, nahezu jede politische Forderung der Kultur zuzuordnen, die sympathisierenden Kulturschaffenden dafür einzuspannen und den Kampf um die Macht mit dem Nimbus eines edlen Menschheitszieles zu versehen. So wurde für die Kulturtheoretiker von SED und DKP der „Kampf gegen das Monopolkapital zur entscheidenden Kultur-aufgabe der Epoche“. Kultur wurde dem Klassenkampf untergeordnet, und in die zu formierende „demokratische Kulturfront“ konnte alles einbezogen werden, was den Parteiführungen in das jeweilige Konzept paßte.<sup>6</sup> Prompt wurde 1980 der „Kampf gegen die neuen Atomraketen“ zum „wichtigsten Kulturziel am Ende des Jahrtausends“ erklärt: eine griffige Losung, der auch

5 Kultur und Kulturpolitik im antiimperialistischen Kampf. Grundsatzfragen, Vorschläge, Anregungen zur Diskussion. Hrsg. vom PV oder DKP, Neuß 1970, S. 17 ff.

6 Vgl. Wilhelm Mensing. Maulwürfe im Kulturbeet. DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst. Osnabrück, Zürich 1983. Mensing lieferte damals die erste umfassende Darstellung des Sachverhalts, allerdings konnte er 1981/82 den Umfang der DKP-Steuerung durch die SED noch nicht annähernd beschreiben.

viele nichtkommunistische Schriftsteller und Künstler ehrlichen Glaubens zu folgen bereit waren.

Ziel der Kommunisten war und blieb es, allen rhetorischen Bekenntnissen zur „friedlichen Koexistenz“ zum Trotz, in ganz Deutschland „die Macht der Arbeiterklasse“ zu erringen und im Namen des Proletariats eine Parteidiktatur zu errichten. Der Weg dorthin blieb freilich nebulös, aber insgeheim hofften die allermeisten Genossen der Führung auf die militärische „Klärung der Machtfrage“ durch die „stärkeren Bataillone“ jenseits der innerdeutschen Grenze. Theoretisch setzten sie auf die „antimonopolistische Demokratie als Vorstufe zum Sozialismus“. In ihr sollten „die Arbeiterklasse, ihre Partei und die Gewerkschaften die politische und kulturelle Vorherrschaft erringen“. Es hat wiederholt Versuche innerhalb der DKP gegeben, die programmatischen Aussagen der Partei um „basisdemokratische“ Elemente zu ergänzen und wenigstens in der Theorie die Zusammenarbeit mit den Grünen zu erleichtern. Aber alle Bemühungen, eine grundsätzliche Ablehnung der Kernkraft oder ein Bekenntnis zum politisch-weltanschaulichen Pluralismus programmatisch festzuschreiben, scheiterten am Einspruch der SED. Als ihr ideologischer Wächter fungierte Robert Steigerwald, in der Parteiführung zuständig für „Bildung, Schulung und Ideologie“. Er hat noch bis zur Katastrophe von Tschernobyl die Kernkraftwerke im Realsozialismus für „absolut sicher und störfrei“ erklärt, hat die Vorstellung von einer „multikulturellen Gesellschaft“ als „Kosmopolitismus“ verdammt und noch 1988 mehrfach erklärt, die DDR habe keinen Grund, „die Perestroika zu kopieren“.

Am massivsten griff die SED in die DKP-Diskussion der „Thesen“ zur Vorbereitung des Hamburger Parteitages 1986 ein. Der erste Entwurf war unter dem Eindruck der Friedensbewegung im Frankfurter „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ entstanden und forderte entschiedene Schritte zu einer „Kultur des Friedens“ und zu einer „Entmilitarisierung der Gesellschaft“. Das widersprach jedoch den machtpolitischen Interessen der SED, und auf Drängen der Westabteilung wurde der Thesen-Entwurf von der DKP-Führung zurückgezogen und durch ein stromlinienförmiges Papier ersetzt. Der Streit um die DKP-Thesen war einer der Gründe für die Ablösung Herbert Häbers als Leiter der Westabteilung im ZK der SED. Häber hatte sich für eine vorsichtige Öffnung zu den Grünen, für gemeinsame Wahllisten mit anderen Linkskräften und für eine begrenzte Selbständigkeit der DKP in innenpolitischen Fragen ausgesprochen. Damit geriet er in Widerspruch zu Honecker, Hager und Axen, die an der DKP nur ein Interesse hatten: ihre reibungslose Handhabung als Interventionsapparat der SED.<sup>7</sup>

Als wesentliche Voraussetzung für „die Öffnung des Weges zum Sozialismus“ sahen die SED- und DKP-Theoretiker das „Bündnis zwischen Arbeiterklasse

<sup>7</sup> Dazu ausführlich: Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik. Köln 1990.

und Intelligenz“ an, das auf die Unterordnung der Intellektuellen und der in den Medien und in der „Bewußtseinsindustrie“ tätigen „Kulturschaffenden“ unter den Willen der selbsternannten „Avantgarde“-Partei hinauslief. Folgerichtig wurde der kommunistischen Kulturpropaganda ein hoher Stellenwert zuerkannt, und die SED setzte in diesem Bereich beachtliche Geldmittel ein. Daß die DKP vor allem in den siebziger Jahren viele linke Autoren, Liedermacher, Theaterleute, Fotografen und Bildende Künstler in ihren Bann zog, war nicht nur dem Zeitgeist geschuldet, sondern auch den beträchtlichen Finanzmitteln, die der Partei aus dem Devisenfonds der SED zufließen. Die Parteizeitung „UZ“, seit Anfang der siebziger Jahre Tageszeitung, wurde jährlich mit rund 12 Millionen DM subventioniert. Bei den UZ-Pressfesten, die die DKP seit 1974 alle zwei Jahre im Wechsel mit dem „Festival der SDAJ“ in einer Großstadt im Ruhrgebiet veranstaltete, flossen die Honorare vor allem für Künstler aus dem „bürgerlichen Lager“ in Strömen. Das Geld wurde in der Regel bar auf die Hand und ohne Quittung ausgezahlt und brauchte darum nicht versteuert zu werden.

Die UZ, die in 25.000 Exemplaren auch in der DDR und anderen Ostblockstaaten vertrieben wurde, unterlag praktisch denselben Zensurbestimmungen wie in der DDR. In der Regel erschien kurz vor der Drucklegung ein Bote aus der Ständigen Vertretung der DDR in der DKP-Hausdruckerei Plambeck in Neuß, um die entsprechende Ausgabe gegenzulesen und zu genehmigen. Bei umstrittenen Themen bestellte die SED in der UZ einen „klärenden und richtungsweisenden Kommentar“, der dann am folgenden Tag vom „Neuen Deutschland“ nachgedruckt wurde. So geschah es beispielsweise nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann, nach der Verhaftung Rudolf Bahros oder nach dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR. Dazu veröffentlichte UZ-Redakteur Wolfgang Breuer am 23.11.88 einen Kommentar unter dem Titel „Die DDR und der Sputnik“. Der Beitrag erschien am nächsten Tag als Nachdruck im SED-Zentralorgan. Der genannte Autor erklärte ein halbes Jahr später, nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion, er habe den Artikel gar nicht selbst geschrieben. Der Text sei von einem Genossen der SED hereingereicht worden, und der Chefredakteur der UZ habe dann eigenmächtig, ohne die Redaktion oder den Betroffenen zu konsultieren, entschieden, wessen Name unter dem Beitrag erscheinen soll. Ein solcher Vorgang sei in der UZ kein Einzelfall gewesen, sondern alle Jahre wieder vorgekommen, „wenn es die Situation erforderte“.

Auch für alle anderen Medien im Umfeld der DKP galt der Grundsatz: was der DDR schaden könnte, darf nicht veröffentlicht werden. Wo diese Regel einmal nicht beachtet wurde, griff die SED geräuschlos, aber wirkungsvoll ein, um das Problem in ihrem Sinn zu klären. Bereits wenige Monate nach der Konstituierung der DKP wurden zwei der fünf Herausgeber der Literaturzeitschrift „kürbiskern“, die Schriftsteller Christian Geissler und Yaak Karsunke,



entlassen und, als sie mit einer Klage drohten, finanziell abgefunden. Sie hatten es gewagt, die Niederschlagung des Prager Frühlings zu kritisieren. Nach der Säuberung wurde ein Drittel der Auflage – 1.500 Exemplare – in die DDR geliefert. Schon deshalb mußte die Redaktion fortan auf die Zensurregeln der DDR Rücksicht nehmen. Als sich der „kürbiskern“-Chefredakteur Friedrich Hitzer 1987 für Gorbatschows Perestroika ereiferte und sich zur Erneuererströmung in der DKP bekannte, kündigte die SED unverzüglich alle DDR-Abonnements und erzwang die Einstellung der Zeitschrift. Die „Deutsche Volkszeitung“, eine im Düsseldorf Monitor-Verlag erscheinende kulturpolitische Wochenzeitung im Dienste der SED-DKP-Bündnispolitik, hatte 1983 auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung mehrere Stellungnahmen veröffentlicht, in der leise Zweifel an der Friedenspolitik der DDR geäußert wurden. Der verantwortliche Redaktionsleiter, Thomas Neumann, wurde unverzüglich abgelöst und durch einen linientreuen Genossen ersetzt, der zuvor die „Roten Blätter“, das Organ des MSB Spartakus, zu einem lupenreinen Parteiorgan umgemodelt hatte.

So unscheinbar manche Medien im Umfeld der DKP auch sein mochten, so erfüllten doch alle spezielle Propaganda-Aufträge. Die „Neue Stimme“, eine von Pfarrer Heinrich Werner redigierte und betont antiquiert gestaltete Monatszeitschrift, diente vor allem zur Rechtfertigung der SED-Kirchenpolitik und war in der DDR weit stärker verbreitet als in der Bundesrepublik. Die Monatszeitschrift „Kultur & Gesellschaft“, das Organ des partiell verbotenen „Demokratischen Kulturbundes“, eines Ablegers des DDR-Kulturbundes, hatte vor allem den Auftrag, den Anspruch der DDR als „getreue Hüterin des nationalen Kulturerbes“ zu bekräftigen und nachzuweisen, in welchem Ausmaß die „humanistischen Traditionen des deutschen Volkes in der imperialistischen BRD verhöhnt und verfälscht werden“. In Blättern wie „Kultur & Gesellschaft“ gab die Kulturabteilung der SED aber auch polemische Beiträge in Auftrag, die als Materialien im „ideologischen Klassenkampf an der Kulturfront“ verwertbar sein konnten, etwa Kommentare gegen die Büchner-Preisverleihung an Reiner Kunze, gegen Solschenizyns „Archipel Gulag“ oder gegen die Teilnahme von Dissidenten aus der DDR an Veranstaltungen der Friedensbewegung. Die „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zielten besonders auf Funktionsträger innerhalb des DGB und wurden den Beziehern in aller Regel kostenlos ins Haus geliefert. Ein entsprechendes Organ zur Desinformation der Sozialdemokratie war die „Sozialistische Korrespondenz“, deren Erscheinen erst nach dem gemeinsamen Dokument von SED und SPD „über den Streit der Ideologen“ eingestellt wurde. Die Zeitschrift erweckte den Eindruck, sie werde von „kritischen Sozialdemokraten“ redigiert. In Wirklichkeit wurde sie jedoch von Wolfgang Runge, einem hauptamtlichen Mitarbeiter des Parteivorstandes, in enger Zusammenarbeit mit dem Stab von Hermann Axen zusammengestellt.

Am Beispiel der Medien wird deutlich: Die SED duldete innerhalb der DKP und ihres Umfeldes keine Abweichungen von der Parteilinie. Sie nutzte das kulturpropagandistische Instrumentarium der westdeutschen Kommunisten ausschließlich im Interesse ihrer eigenen Machtpolitik. Darum war die heimliche Sorge mancher DKP-Führungsmitglieder, der große Bruder im Osten könnte den kleinen Anhang im Westen einfach fallen lassen, wenn es die SED-Interessen erforderten, nicht ganz von der Hand zu weisen.<sup>8</sup> Tatsächlich war der SED trotz ihrer millionenschweren Subventionen zu keiner Zeit ernsthaft an einer starken, selbstbewußten und selbstbestimmten Kommunistischen Partei im Westen Deutschlands, die gegebenenfalls mit eigener Stimme sprach, gelegen. Sie benötigte für ihre taktischen und strategischen Interessen eine ihr bedingungslos ergebene, ideologisch, ökonomisch und politisch restlos abhängige Kaderpartei, „keinen losen auseinanderlaufenden Haufen, sondern eine schlagkräftige und geschlossene Truppe“, wie sich der Vorsitzende der DKP-Bundesschiedskommission Otto Hans auszudrücken pflegte. Die angeblichen „Kommunistenverfolgungen“ in der Bundesrepublik, die „Berufsverbote“ und „Wahlbehinderungen“ gegenüber DKP-Aktivisten paßten der SED durchaus ins Konzept, ließ sich an diesen Beispielen doch demonstrieren, daß es im Westen Deutschland weder Freiheit, Demokratie noch Menschenrechte gab. Mehr noch: Die Kulturpropaganda der SED benutzte vor allem den Radikalenerlaß, der den Kommunisten den Zugang zum öffentlichen Dienst erschwerte, als Rechtfertigung für die Unterdrückung der Dissidenten im eigenen Machtbereich. Die von der SED 1988 ausgebürgerte Bürgerrechtlerin Freya Klier hat in mehreren Interviews noch vor der Wende die Beobachtung wiedergegeben: „Immer dann, wenn sich im 'Neuen Deutschland' die Meldungen über immer neue Berufsverbote für die westdeutschen Kommunisten häuften und sich wiederholten, dann wußten wir, jetzt plant die SED wieder einen Schlag gegen die Opposition im eigenen Land.“<sup>9</sup>

Für die SED-Führung war die DKP lediglich ein in die Bundesrepublik verlängerter Arm ihres Parteiapparates. Zwar nahm der DKP-Vorsitzende Herbert Mies nicht mehr wie ehemals der KPD-Vorsitzende Max Reimann an allen wichtigen Sitzungen des SED-Politbüros teil, aber seine einzelnen Mitglieder wie Hager, Krenz, Axen und Honecker selber nahmen sich immer wieder das Recht, der DKP-Führung Weisungen zu erteilen, als handelte es sich um eine Unterorganisation der eigenen Partei. Dabei kam es gelegentlich zu regelrechten Kuriositäten. Schon bald nach seinem Amtsantritt übermittelte Erich Honecker der DKP-Führung den „Wunsch“, die Partei möge doch wie in den guten alten Klassenkampfzeiten wieder „Schallmeienkapellen“ aufspielen lassen – in seinem saarländischen Heimatort Wiebelskirchen und

8 Unveröffentlichte Schlußbemerkungen von Herbert Mies auf der 2. Tagung des DKP-Parteivorstandes im Juni 1986.

9 Rede Freya Kliers am 29.11.1989 im „Philosophenturm“ der Hamburger Universität.

anderswo. Mit einiger Mühe gelang es schließlich den Genossen, im Saarland, in München, Kiel und Hamburg altväterliche Schallmeienzüge zum Lobe des Proletariats und seiner Avantgarde aufzustellen. In Hamburg wurden die „Wilhelmsburger Jungens“, die vorher vor allem auf Fußballplätzen und eher am rechten Rand aufgespielt hatten, regelrecht aufgekauft und dank Ferienplätzen in der DDR, neuer Uniformen und Instrumente dazu gebracht, die Fahnen zu wechseln. Als Ende 1989 schlagartig die Finanzquellen der SED versiegten, tauschten die Hamburger Schallmeien von neuem die Fronten und machten fortan „Arbeitermusik“ für die rechte Szene.

1974 wurden auf ausdrückliche Empfehlung von Margot und Erich Honecker die „Jungen Pioniere“ gegründet, die „proletarische Kinderorganisation“ der DKP. Praktisch hatten die „Juppis“ allerdings keine höhere Aufgabe, als alljährlich Tausende bundesdeutsche Kinder zu kostenlosen Propagandaferien in die Pionierlager der FDJ zu schicken. Sie SED kannte keine Hemmungen, im Rahmen ihrer „Kinderferienaktionen“ auch Zehnjährige in ihre Desinformationskampagnen einzubeziehen und sie an Fahnenappellen und FDJ-Aufmärschen gegen die „Mordpläne der NATO-Kriegsbrandstifter“ teilnehmen zu lassen. Auf direkte Weisung des SED-Generalsekretärs versuchte die DKP auch im Westen Deutschlands die Jugendweihe hoffähig zu machen. Sie nutzte ihre Kontakte zur Freidenkerbewegung, zur Naturfreundejugend und zu Teilen der Gewerkschaftsjugend, um „Arbeitsgemeinschaften für Jugendweihe“ ins Leben zu rufen. Sie waren dem äußeren Anschein nach „unparteilich“ oder „parteilich nicht gebunden“, aber ihr Schulungsmaterial kam ausschließlich vom „Zentralausschuß für Jugendweihe“ in der DDR. In einigen Bundesländern wie Hamburg gelang es den „Arbeitsgemeinschaften“ zeitweise, ihre Vorbereitungskurse auch offiziell über die Schulen anzubieten, als Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht.

Die Kulturpolitik und -propaganda der DKP wurde von der SED zentral gelenkt und angeleitet. Zweimal im Jahr, im Juni und im Dezember, wurden die Mitarbeiter der Kulturabteilung des DKP-Parteivorstandes ins Haus des ZK der SED bestellt. Sie wurden dort über die aktuelle Lagebeurteilung und die Schwerpunkte der SED-Agitation informiert, und zum Abschluß der Beratungen wurde in detaillierten „Arbeitsvereinbarungen“ Punkt für Punkt festgelegt, welche kulturpolitischen Vorhaben die SED mit Hilfe der DKP in den folgenden sechs Monaten im Westen Deutschland durchführen wollte. Entsprechende „Maßnahmepläne“ gab es außerdem auf bezirklicher Ebene zwischen den Kulturabteilungen der betreffenden „partnerschaftlich verbundenen“ Parteiorganisationen, die sich ebenfalls ein- bis zweimal im Jahr zu gemeinsamen Arbeitsberatungen in der Regel auf dem Boden der DDR trafen. In den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR fühlten sich die SED-Anleiter ihrer Sache jedoch so sicher, daß sie keine Scheu kannten,

gegebenenfalls auch selber in die DKP-Bezirke zu fahren, um den Willen des großen Bruders zu übermitteln.

In den kulturpolitischen Arbeitsvereinbarungen zwischen SED und DKP ging es vor allem um die Entsendung von Kultur- und Agitationsgruppen in die Bundesrepublik und ihre Betreuung durch die DKP. Bereits wenige Monate nach der Neukonstituierung der Partei entsandte die SED das renommierte „Berliner Ensemble“ samt seiner Intendantin Helene Weigel zu einer „Solidaritätstournee“ in die Bundesrepublik. Dabei ging es nicht nur um ein abstraktes „Lob des Kommunismus“ – so der Titel des Programms –, sondern mehr noch um die ideologische Niederschlagung des Prager Frühlings. In Texten und Liedern frei nach Brecht verteidigten die Künstler die „Maßnahme zur Zerschlagung der Konterrevolution“ und nötigten damit den DKP-Veranstaltern ihren SED-Standpunkt auf. Immerhin gab es damals, im Winter 1968/69, noch vereinzelte Proteste, auch aus den Reihen der neugegründeten DKP. Seit Anfang der siebziger Jahre drängte die SED die DKP-Führung zur Abhaltung regelmäßiger Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Kundgebungen Mitte Januar, um den „Gleichklang zwischen den Bruderparteien zu unterstreichen“. Sie gaben Künstlern und Propagandisten der SED die Möglichkeit, ihre Geschichtslegenden und ihren gesamtdeutschen Führungsanspruch auch im Westen zur Schau zu stellen. Zugleich sollten diese „LLL-Treffen“ dazu dienen, die angebliche „Luxemburg-Legende“ – so ein Buchtitel aus dem Programm des theoretischen Parteiverlages „Marxistische Blätter“ – zu widerlegen und jeden Widerspruch zwischen Rosa Luxemburg und Lenin, zwischen demokratischem und diktatorischem Sozialismus, zurückzuweisen. Die SED wachte eifersüchtig darüber, daß ihre Luxemburg-Lesart auch im Westen als unfehlbar anerkannt und daß die DKP jeden Ansatz zum „Luxemburgismus“ entschieden bekämpfte.

Der SED war besonders daran gelegen, mit Hilfe der DKP ihr Geschichtsbild auch im Westen Deutschlands zu propagieren. Sie sah sich selber als „Vollenderin der fortschrittlichen Kulturtraditionen des ganzen deutschen Volkes“ – vom Bauernkrieg bis zum Widerstand gegen die Hitlerdiktatur. Vor allem das Wuppertaler Engels-Zentrum und die Hamburger „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ hatten den Auftrag, „die historische Mission der SED“ für ganz Deutschland propagandistisch unter Beweis zu stellen, und wurden vom Ostberliner „Museum für deutsche Geschichte“ mit entsprechenden Ausstellungs- und Beweisstücken ausgestattet. Die SED-Version der eigenen Geschichte war bis ins letzte Detail verbindlich. 1976 war das Kuratorium der „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ an den Hamburger Senat mit dem Vorschlag herangetreten, auf einer Gedenktafel im Rathaus an Ernst Thälmann und alle anderen Bürgerschaftsabgeordneten zu erinnern, die von den Nazis ermordet worden waren. Der Hamburger Bürgermeister Schulz griff die Anregung auf und schlug seinerseits vor, auch der kommunistischen Abgeordneten zu gedenken, die zur Zeit Stalins im sowjetischen Exil umgebracht worden waren.

Die DKP war betroffen und ratlos. Sie ersuchte die SED um eine Gutachten. Die Historiker und Bruderpartei antworteten binnen kurzer Zeit. Der Vorschlag sei als „antikommunistische Provokation und als Geschichtslüge aus der Werkstatt des Ostbüros der SPD“ zurückzuweisen. So geschah es. Dem Hamburger Senat wurde in einer großangelegten wahrheitswidrigen Kampagne vorgeworfen, er praktiziere einen „Radikalenerlaß für Tote“ und verweigere ermordeten Hitlergegnern die Totenehre.

Seit den siebziger Jahren reklamierte die SED das gesamte „fortschrittliche und demokratische deutsche Kulturerbe“ für sich und für ihren Staat. Im Dürerjahr 1971 ging die SED aufs Ganze. Sie übertrug der DKP in Nürnberg ein großangelegtes Alternativprogramm unter dem simplen Motto „Dürer ist unser“ und erhob darin den Anspruch, Alleinerbin der „frühbürgerlichen Revolution“ zu sein. In der DDR, so hieß es auf Flugblättern und Plakaten, werde „das vollendet, wovon Dürer und seine Zeitgenossen nur zu träumen wagten“. Ähnlich verfuhr die SED in den Beethoven-Jubiläumswahren 1970 und 1977. Der Komponist wurde zum „Genossen Ludwig van B.“, zum „Vorläufer und Vorstreiter der demokratischen Musikkultur der DDR“ und zum Schutzpatron der „Arbeitersinfoniekonzerte der DKP“ erkoren. Solche Konzerte mit namhaften DDR-Orchestern gab es alle Jahre wieder zur Weihnachtszeit, und sie boten mit viel Pomp und der DDR-Hymne am Schluß die Gelegenheit, den SED-Staat im Westen als die „wahre deutsche Kulturnation“ zu präsentieren. Die DKP trat auch als Vermittlerin von Kunstausstellungen aus der DDR auf den Plan und fand dabei durchaus ehrenwerte Partner, etwa den Hamburger Kunstverein, der 1975 eine Gesamtschau von Willi Sitte, dem Vorsitzenden des DDR-Künstlerverbandes, zeigte und damit auch die offizielle DDR-Kunst im Westen Deutschlands hoffähig zu machen begann. Zahlreiche weitere Ausstellungen folgten. Zugleich bemühte sich die DKP, die „realistischen Künstler der BRD“ um sich zu scharen und sie näher an die offizielle Staatskunst der DDR zu binden. Überdies verbreitete sie vor allem über die Kunstzeitschrift „tendenzen“ die Legende, die abstrakte Kunst werde vom Großkapital subventioniert und protegiert, um die Künstler vom Engagement an der Seite der Arbeiterklasse abzubringen.

Der Schwerpunkt des über die DKP organisierten Kulturexports in den Westen Deutschlands lag jedoch im Bereich der Literatur. Seit 1975 veranstalteten die „collectiv“-Buchhandlungen jedes Jahr im Mai zum Gedenken an die Bücherverbrennung durch die Nazis „antifaschistische Buchwochen“ – ein Brauch, der bald auch vom Schriftstellerverband in der IG-Druck und von der Buchhändlersektion in der Gewerkschaft HBV übernommen wurde. Während der Buchwochen ging es vor allem darum, die DDR als „geistige Heimstatt“ all jener Autoren zu feiern, deren Bücher von den Nazis verbrannt worden waren. Demgegenüber wurde die „imperialistische BRD“ als Staat gebrandmarkt, in dem „systematisch antifaschistische und fortschrittliche

Autoren mit Berufsverbot, Zensur und Unterdrückung verfolgt werden“ und in dem „massenhaft neonazistische und kriegsverherrlichende Schundliteratur verbreitet wird“. Ausschließlich regimetreue Autoren wurden von der SED auf Lesereise durch DKP-nahen Buchhandlungen geschickt, unter ihnen Hermann Kant, Günter Görlich, Herbert Otto, Benito Wogatzki und Max Walter Schulz. Auch die „Kundschafterliteraten“ – Günter Hofé, Helmut Baierl, Ruth Werner oder Harry Thürk – waren regelmäßig mit von der Partie. Wohl am häufigsten – zuletzt noch im Mai 1989 – wurde Harry Thürk an die „westdeutsche Kulturfront“ entsandt, um aus seinem Roman „Der Gaukler“, eine Agentenstory um Alexander Solshenizyn, vorzulesen. Die Autoren kamen nicht nur in die Bundesrepublik, um ihre neuen Bücher vorzustellen. Sie hatten zugleich den Auftrag, in internen von der DKP organisierten Gesprächsrunden die Genossen und Sympathisanten über die Kulturpolitik der SED zu informieren. Bei dieser Gelegenheit verbreiteten sie vielleicht im guten Glauben regelmäßig auch die von der Staatssicherheit ausgebrüteten Lügengeschichten über Biermann, Bahro, Fuchs, Kunert, Heym, Seyppel und andere Regimegegner, die nicht nur bei DKP-Mitgliedern offene Ohren fanden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß jeder DDR-Bürger, der auf Dienstreise in den Westen fuhr, gegenüber seinen vorgesetzten Instanzen rechenschaftspflichtig war. Er mußte nach seiner Rückkehr einen schriftlichen Bericht abfassen und über jeden Gesprächspartner berichten. Ein Kopie jedes Reiseberichtes wurde an die Staatssicherheit weitergeleitet. Mit Hilfe der DKP-Kulturabteilungen wurden auch zahlreiche Theaterensembles auf Propagandatourneen in die Bundesrepublik geschickt. Am häufigsten wurde das Rostocker Volkstheater unter seinem Intendanten Hanns Anselm Perten ausgewählt. Es stellte spezielle Agitationsprogramme für den „Klassenkampf“ in der Bundesrepublik zusammen und galt bei der SED- und der DKP-Führung als besonders zuverlässig. Doch die Agitationsreisen fanden im Herbst 1985 ein jähres Ende, als drei junge Schauspielerinnen das Gastspiel bei der DKP in Kiel nutzten, um in den Westen zu fliehen. Als sich zu Beginn der achtziger Jahre die Anfragen nach Auftritten von DDR-Ensembles häuften und sich auch kommerzielle, kommunale und staatliche Veranstalter um eine Intensivierung des Kulturaustausches mit der DDR bemühten, gründeten SED und DKP in Frankfurt die „Agentur Walter Cromm“. Drei Jahre später kam die Hamburger Agentur Winkes hinzu, die vor allem Sänger und Popgruppen aus der DDR vermittelte. Beide Unternehmen arbeiteten eng mit der „Konzert- und Gastspielagentur der DDR“ in Ostberlin zusammen, wurden von Kulturfunktionären der DKP geleitet und waren politisch-ideologisch der Kulturabteilung beim ZK der SED verantwortlich. Vor allem während der Großveranstaltungen im Rahmen der Friedensbewegung gelang es den beiden Künstleragenturen, ihre Kontakte zu den etablierten Veranstaltern, vor allem zur Agentur „Lippmann & Rau“, auszubauen und auf diesem

Wege Anschluß an das etablierte Kulturmanagement in der Bundesrepublik zu finden.

Die Auffassung von der Autonomie und dem eigenen Erkenntniswert der Kunst wurden von SED und DKP als „reaktionäre bürgerliche Ideologie“ verworfen und bekämpft. Kunst, Literatur und Kultur hatten in ihren Augen keinen Wert an sich, sie wurden allein nach ihrer Brauchbarkeit im Klassenkampf und als Mittel zur Bewußtseinsänderung bewertet. Darum war es für die Kommunisten in beiden Teilen Deutschlands ein vorrangiges Ziel, die „Kulturschaffenden für den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zur Unterstützung ihres Ringens um die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen“. Dafür galt es, die Kulturproduzenten erst einmal zu „organisieren“, wenn nicht in der Kommunistischen Partei selber, dann doch in einer ihrer vielen Vorfeldvereinigungen oder zumindest in einer Gewerkschaft.

Eine besondere Rolle war dabei den Literaten zgedacht. Für Stalin war der Schriftsteller der „Ingenieur der Seele“. Ihm wurde die Fähigkeit zugeschrieben, mit seinen Worten und Werken Einfluß namentlich auf das Fühlen und Denken der arbeitenden Bevölkerung ausüben zu können. Die „Hochschätzung“, die in Wirklichkeit auf eine maßlose Überschätzung der literarischen Wirkungsmöglichkeiten hinauslief, war offenkundig einer der wesentlichen Gründe dafür, weshalb sich so viele Autoren und Künstler zur kommunistischen Bewegung hingezogen fühlten. Während sie im bürgerlichen Kulturbetrieb viele Anlässe sahen, an der Bedeutung ihrer Arbeiten zu zweifeln, vermittelte ihnen die Kulturpropaganda von SED und DKP das Gefühl, „gebraucht“ und geschätzt zu werden – und sei es als Sprachrohr im Kampf der Klassen.

Das Grundmuster für die Organisation der literarischen und künstlerischen Intelligenz übernahmen SED und DKP aus den zwanziger Jahren. Für die engsten Mitstreiter wurde bereits 1969 nach dem Modell des „Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller“ der Weimarer Republik und nach dem Vorbild der „Bewegung Schreibender Arbeiter“ in der DDR der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ gegründet. Er entstand aufgrund einer von den Kommunisten erzwungenen Programm- und Satzungsänderung innerhalb der „Dortmunder Gruppe 61“. Dieser im Jahr des Mauerbaus ins Leben gerufene Arbeitskreis von Arbeiterschriftstellern galt den Kommunisten als zu „sozialdemokratisch“, weil er sich auf die „künstlerische Auseinandersetzung mit der industriellen Arbeitswelt“ beschränken wollte und alle Klassenkampfparolen ablehnte. Schon vor der DKP-Konstituierung hatte die SED Einfluß auf die Gruppe zu gewinnen versucht. 1963 war der Bergarbeiterdichter Josef Büscher von der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft Schreibener Arbeiter“ nach Bitterfeld eingeladen worden, um ihn für den Bitterfelder Weg zu begeistern. Im folgenden Jahr reiste sogar Willi Bredel, der Veteran der Arbeiterliteratur, zu Max von der Grün nach Dortmund, um ihn und seine Freunde für eine

gesamtdeutsche Konferenz über proletarische Dichtung anzuwerben. Als die Liebeswerbungen nichts fruchteten, änderten die Kommunisten ihre Taktik. Sie inszenierten einen gruppeninternen Aufstand, der zum Rücktritt des Vorstandes und zum Austritt der „reaktionären“ Mitglieder führte. Fortan sicherten SED und DKP ihren Einfluß im „Werkkreis“ in erster Linie durch die Besetzung der Schlüsselpositionen mit Genossen ihres Vertrauens. Der erste reguläre Geschäftsführer, Rainer Hirsch, hatte in der DDR zuvor ein Parteilehrjahr absolviert und wurde während seiner Tätigkeit im Werkkreis wie ein hauptamtlicher Funktionär angeleitet. Vertreter des Werkkreises nahmen regelmäßig an den Beratungen des Kulturarbeitskreises beim Parteivorstand der DKP und an den Konsultationen im Haus des ZK der SED teil.

Die Gründung des „Verbandes deutscher Schriftsteller“ 1969 war gewiß keiner Initiative der Kommunisten zu danken, aber SED und DKP hatten aus ihrer Sicht gute Gründe, dem Verband von Anfang an ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, zumal die „Einigkeit der Einzelgänger“ und die gewerkschaftliche Orientierung bereits im Programm festgeschrieben waren. Die Berührungspunkte zur kommunistischen Kulturpropaganda ergaben sich gleichsam von selbst, so daß es für die Vertreter der DKP ein Leichtes war, schon in der Gründungsphase Einfluß im Verband zu gewinnen. Das publizistische Organ war die Vierteljahreszeitschrift „kürbiskern“. Sie wurde von mindestens vier hauptamtlichen Redakteuren herausgegeben, denen in der Kulturabteilung des ZK der SED in Ostberlin weitere Berater zur Verfügung standen. Nach parteiinterner Kritik an der Veröffentlichungspraxis der Redaktion wurde definitiv festgelegt, der „kürbiskern“ sei nicht in erster Linie ein Medium zur Verbreitung von Texten kommunistischer Autoren, sondern ein „operatives Organ, das vor allem der Umsetzung kommunistischer Literatur- und Kulturpolitik gegenüber dem Verband deutscher Schriftsteller dient“. Für die Rede Martin Walsers auf dem Stuttgarter Gründungskongreß „Für eine IG Kultur“ im November 1970 hatte die „kürbiskern“-Redaktion zusammen mit dem Beraterteam in Ostberlin wichtige Anregungen gegeben. Besonders gründlich wurde der Schriftstellerkongreß im Januar 1973 in Hamburg, auf dem der Anschluß an die IG Druck beraten und beschlossen wurde, von den Kommunisten vorbereitet. Eine spezielle Beratung fand zwei Monate vorher im Haus des ZK der SED statt. Das zum Kongreß erschienene „kürbiskern“-Heft „Abhängigkeit in der Kulturindustrie“ und vor allem das von Martin Walser und Friedrich Hitzer unterzeichnete Aktionprogramm „Der nächste Schritt: Für Mediengewerkschaft, für Mitbestimmung und gesellschaftliche Kontrolle“ trugen im wesentlichen die Handschrift der Berater im ZK der SED, die fortan eine eigene Arbeitsgruppe „BRD-Autoren und Verbände“ bildeten.

Die Politik im Schriftstellerverband wurde von der SED und der DKP Jahr für Jahr detailliert geplant. Die DKP-Literaturkonferenz 1974 in München und eine ganze Schulungswoche in der „Karl-Liebknecht-Schule“ in Essen dienten



vor allem dazu, die Positionen der Genossen und ihrer Sympathisanten im Verband zu festigen. Im Laufe der Jahre wurde die Literatenvereinigung zielstrebig unterwandert. Allmählich bildete sich in ihrem Umfeld ein der „KoKo“ vergleichbares System von Beziehungen, wechselseitigen Abhängigkeiten und stillschweigenden Übereinkünften heraus, das den Kommunisten in Ost und West eine ideale Operationsbasis für die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen bot. Mit der Wahl Bernt Engelmanns zum VS-Vorsitzenden hatten SED und DKP eine ideale Besetzung für eine vermeintliche Schlüsselposition gefunden. Engelmann war kein Kommunist, aber er war ein zur „Aktionseinheit“ mit den Kommunisten bereiter Sozialdemokrat, der in der Medienöffentlichkeit hohes Ansehen genoß. Er machte den Schriftstellerverband vor allem zu einem „Sprachrohr“ für die Politik der „Entspannung und der friedlichen Koexistenz“, das vor allem in die Friedens- und die Gewerkschaftsbewegung gerichtet war. Der VS wurde unter Engelmanns Leitung zum „geschätzten Gesprächspartner“ für den DDR-Autorenverband und die anderen Bruderorganisationen in den realsozialistischen Ländern und sorgte durch eine geschickte Regie dafür, daß die aus der DDR emigrierten Schriftsteller im Verband selbst, aber auch im linken Medienkartell keinerlei Gehör und keine Unterstützung fanden, sondern als „Kalte Krieger und notorische Antikommunisten“ immer wieder ins kulturelle Abseits gedrängt wurden. Als Bernt Engelmann im Herbst 1983 unter dem Druck öffentlicher und verbandsinterner Kritik von seinem Amt zurücktreten mußte und ein wichtiger Vorposten für die kommunistische „Friedenspolitik“ verloren zu gehen drohte, setzten SED und DKP alle gängigen, aber offenkundig auch konspirative Mittel ein, um einem Nachfolger zur Wahl zu verhelfen, von dem am ehesten eine Fortsetzung der „bewährten Engelmann-Linie“ zu erwarten war.<sup>10</sup>

Daß der Schriftstellerverband sich 1973 nicht, wie vor allem von West-Berliner Schriftstellern wie Hannes Schwenger und Yaak Karsunke befürwortet, der Gewerkschaft Kunst anschloß, sondern sich für die IG Druck und Papier entschied, war wesentlich auf die gezielte kommunistische Einflußnahme auf den Diskussionsprozeß zurückzuführen. Für die SED und die DKP lieferte die DruPa tatsächlich den optimalen organisationspolitischen Rahmen. Traditionell war in der alten Gewerkschaft der Drucker, Setzer und Metteure der Einfluß der radikalen Linken immer stärker als in anderen Gewerkschaftsverbänden gewesen. Zum anderen belegt die von Manfred Wilke und Hans-Hermann Hertle vorgelegte Dokumentation über das „Genossenkartell“ eindrucksvoll, wie eng die Druck- und Papier-Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten jahrzehntelang miteinander kooperiert und wie sie ihre Deutschlandpolitik

10 Mit der Aufklärung der Vorgänge auf dem Schriftstellerkongreß im März 1984 in Saarbrücken befaßt sich zur Zeit die „Geschichtskommission“ des Verbandes deutscher Schriftsteller. Dazu auch: Peter Schütt, Auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Schriftstellerverband und Vergangenheitsbewältigung, Gewerkschaftliche Monatshefte 6/93, S. 365 ff.

aufeinander abgestimmt haben.<sup>11</sup> Die IG Druck und Papier, später IG Medien, entsprach ganz und gar der kommunistischen Wunschvorstellung vom „historischen Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz“. Sie schien überdies besonders geeignet, die „Macht der Medienmonopole“ zurückzudrängen und an ihre Stelle „gesellschaftliche Kontrolle durch die Gewerkschaften“ zu setzen. Deshalb wurde in allen programmatischen Erklärungen der DKP, zuletzt in den Thesen von 1986<sup>12</sup>, die besondere Bedeutung der IG Medien für die Umgestaltung der Gesellschaft hervorgehoben. In der Anfangsphase konzentrierte sich die Kulturpropaganda der DKP noch auf die traditionellen, bereits in den zwanziger Jahren erprobten Methoden des „Agitprop“, auf Straßentheater, Songgruppen und Arbeiterliteraturzirkel. Doch gefördert durch die Analysen der beim „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ angestellten und mit der kulturpolitischen Anleitung der DKP beauftragten Kulturwissenschaftler Klaus Ziermann, Dieter Ulle und Gotthard Neumann<sup>13</sup> setzte sich Mitte der siebziger Jahre die Auffassung durch, daß mit diesen groben und veralteten Agitationsformen das Bewußtsein der Arbeitermassen kaum zu verändern war. Die Kulturpropaganda der DKP wurde daraufhin „modernisiert“ und stärker als bisher auf die Massenmedien orientiert. Fritz Noll, ein erfahrener Agitator, der vor der DKP-Konstituierung den „Freiheitssender 904“, den im Ostharz stationierten KPD-Rundfunk, geleitet hatte, wurde mit der Bildung einer „Arbeitsgruppe Massenmedien“ beim DKP-Parteivorstand beauftragt. Sie bemühte sich auf geschickte und nicht selten konspirative Weise um Kontakte zu wichtigen Redaktionen, etwa zur Illustrierten „Stern“ oder zur Leitung der Fernseh-„Tagesschau“. Die Arbeitsgruppe organisierte Journalistenreisen in die DDR, in die Sowjetunion und schließlich bis an die Front nach Afghanistan, und sie vermittelte Begegnungen mit Politikern aus der DDR und anderen Ostblockländern. Zu den Mitteln der Kontaktpflege gehörten aber auch Präsentkörbe zum Geburtstag, Hunderte von Dresdner Christstollen zur Weihnachtszeit oder Einladungen zur Elchjagd in der Sowjetrepublik Estland.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der DKP-Arbeit bestand zwei Jahrzehnte lang in der Durchführung des Polittourismus in die DDR. Seinen ersten Höhepunkt erreichte der westöstliche Reiseverkehr nach den Wunschvorstellungen der SED im Sommer 1973 während der Weltjugendfestspiele in Ostberlin. Zu den bundesdeutschen Gästen zählten damals mehr als 250 „progressive Kulturschaffende“, die vom „Arbeitskreis Festival“ über die Grenzen gelockt und in der DDR von der SED umfassend betreut, bewirtet und „informiert“ wurden.

11 Manfred Wilke, Hans-Hermann Hertle: Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien. Dokumente. Frankfurt/M., Berlin 1992.

12 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986, S. 90.

13 Die genannten Kulturwissenschaftler sind zugleich die Haupt-Autoren des Standardwerks: Imperialismus und Kultur. Zur kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (Ost), München 1975.

Als offizieller „Festival-Beitrag der BRD“ wurde im „Berliner Ensemble“ die „Mannesmann-Kantate“ aufgeführt, ein von Erika Runge getextetes und von Hans-Werner Henze und anderen komponiertes Agitpropstück wider das westdeutsche Großkapital. Die „Delegationen zum Studium des realen Sozialismus“ waren niemals dem Zufall überlassen, sondern wurden bis ins Detail zwischen SED und DKP vereinbart. Reine Parteigruppenreisen waren selten. Als Ziel für die Zusammensetzung der Delegationen war festgelegt, daß mindestens die Hälfte der Teilnehmer aus Nichtgenossen bestehen sollte. Der Umfang der Reisetätigkeit war enorm. Die einzelnen Parteibezirke hatten Planziffern zwischen 1.200 für das Saarland und 8.000 für Südbayern, Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen. Rechnet man eine Mindestzahl von 50.000 Reiseteilnehmern pro Jahr und zieht man die Doppelt- und Mehrfachreisenden davon ab, so kommt man immer noch auf eine Summe von mehr als einer halben Million Bundesbürger, die zwischen 1969 und 1989 das Angebot wahrnahmen, die DDR ausschließlich durch die rote Brille der SED wahrzunehmen. Begegnungen mit normalen DDR-Bürgern standen nie auf dem Programm, sondern wurden peinlich vermieden. Die Gesprächspartner waren ohne Ausnahme Vertreter von Institutionen des Regimes, sie kamen aus der SED, den „Blockparteien“ und den „Massenorganisationen der Nationalen Front“. Als Partner für zentrale Delegationen fungierte vor allem das Reisebüro „International“ am Berliner Alexanderplatz, das formal dem FDGB unterstand und die nötigen Reisedokumente einschließlich des „Ferienschecks“ ausstellte. Dazu kamen auf Bezirksebene entsprechende Referate bei der SED, dem FDGB und der „Nationalen Front“, die vor Ort für die Betreuung und Anleitung der Gäste zuständig waren. Die Polittouristen aus der Bundesrepublik waren in speziellen Objekten untergebracht, deren Ausstattung weit über dem DDR-üblichen Niveau lag und oft zu falschen Rückschlüssen über den Lebensstandard im anderen Teil Deutschlands führte.

Die Mehrzahl der Delegationen stand unter einem propagandistischen Schwerpunkt. So gab es Reiseprogramme zum Studium der Kommunalpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder der Umweltpolitik. Nahezu jede zweite Delegation galt jedoch der Erkundung der SED-Kultur- und Bildungspolitik. Kulturelle Angebote gehörten zum Programm nahezu aller Politreisen. Offenkundig maß die DDR ihren „kultur- und kunstpolitischen Errungenschaften“ den höchsten Propagandawert bei. Außerdem fand sie im Kulturbereich am ehesten die Partner, die sich gegenüber den Gästen aus dem Westen ohne Wenn und Aber zur SED und ihrer Herrschaft bekannten. Atelierbesuche bei bekannten Malern und Bildhauern, Werkstattgespräche mit Schauspielern und Theatermachern, Begegnungen mit regimetreuen Schriftstellern zählten zu den Höhepunkten vieler DDR-Delegationen und verfehlten selten ihren Eindruck auf solche Besucher, die durchaus mit Vorbehalten in die DDR gekommen waren. Die Künstler, mit denen die Polittouristen aus dem Westen ins Gespräch

kamen, genossen durchweg hohe Privilegien und erregten dadurch nicht selten die heimliche Bewunderung ihrer westdeutschen Kollegen, die in der Regel in wesentlich bescheideneren Verhältnissen lebten. Das ist sicher ein wesentlicher Grund für die schiefe Optik, mit der nicht wenige westdeutsche Intellektuelle und Kulturschaffende die Situation in der DDR betrachteten.

SED und DKP waren selbstverständlich daran interessiert, daß die Westbesucher sich nach ihrer Rückkehr möglichst positiv über ihre Eindrücke äußerten und daß ihre Berichte möglichst massenwirksam verbreitet wurden. Der Durchbruch gelang bereits Anfang der siebziger Jahre mit Erika Runge, deren Frauenprotokolle aus Rostock vom Suhrkamp-Verlag veröffentlicht und später vom Ersten Fernsehprogramm der ARD ausgestrahlt wurden.<sup>14</sup> Wolfgang Plat, zunächst hauptamtlicher Kulturfunktionär der KPD und der DKP, wechselte sogar das Metier und drehte vor allem für den WDR Filmberichte aus dem Alltag der DDR und anderen Ostblockstaaten. Franz-Xaver Kroetz schrieb 1974 für die DKP-Buchreihe „Sozialismus konkret“ eine Reportage über den „Sozialismus auf dem Dorf“, in der er die Kollektivierung der Landwirtschaft in den höchsten Tönen pries. Dennoch war der SED-Kulturchef Kurt Hager immer wieder unzufrieden und ungehalten über die „mangelhafte Sozialismuspropaganda“ auch bei befreundeten Künstlern und Schriftstellern im Westen und forderte wiederholt „ein tieferes Verständnis für die historische Mission der SED“.

Um „fortschrittliche Kulturschaffende“ enger an sich zu binden, konnte die SED vielfältige Hebel in Bewegung setzen, nicht nur den Apparat der DKP. So half sie immer wieder Bernt Engelmann bei der Beschaffung von Archivmaterialien und Dokumenten über die Rolle des deutschen Großkapitals. August Kühn erhielt für die Fertigstellung des Manuskripts zu seiner proletarischen Familienchronik „Zeit zum Aufstehen“ die Hilfestellung von erfahrenen Lektoren aus dem Ostberliner Aufbau-Verlag. Gisela Elsner, die um die Mitte der achtziger Jahre in eine tiefe Lebenskrise gestürzt war, wurde in verschiedenen DDR-Sanatorien mühsam wieder gesund gepflegt. Sie fühlte sich deshalb verpflichtet, noch 1989 demonstrativ für Erich Honecker Partei zu ergreifen und gegen die Gorbatschow-Fraktion für den DKP-Parteivorstand zu kandidieren. Der Sturz der SED warf sie erneut in eine schwere Depression. 1991 beging sie Selbstmord. Gisela Elsners Lebens- und Leidensweg ist zumindest in seiner letzten Konsequenz ein Einzelfall, aber er wirft dennoch ein Licht auf die auch psychisch zwanghaften Bindungen, durch die einige kommunistische Künstler an das DDR-Regime gefesselt waren. Diese Verstrickungen wirken bei manchen „Kulturschaffenden“ sogar noch über den Übergang der DDR hinaus. Sie wollen von ihrem Traum nicht lassen und

14 „Ich bin ein Bürger der DDR“. Dokumentarfilm von Erika Runge. ARD, 05.04.1973, 20.15 Uhr.

singen wie der Liedermacher Franz-Josef Degenhardt nach der Wende: „Die Enkel fechten's besser aus!“

SED und DKP waren unermüdlich bestrebt, die „antiimperialistische Kulturfront“ zu festigen und ihre Reihen zu schließen. Dennoch konnten sie im November 1976 nicht verhindern, daß sich nicht zuletzt viele DKP-Mitglieder und Sympathisanten aus dem Kulturbereich den Protesten gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns anschlossen, obwohl ein von Hannes Stütz, dem Kulturreferenten beim DKP-Parteivorstand, zuerst in der UZ veröffentlichter und am folgenden Tag im „Neuen Deutschland“ nachgedruckter Kommentar die „Maßnahme“ ausdrücklich gerechtfertigt hatte. Auf die Biermann-Petenten innerhalb der DKP wurde enormer Druck ausgeübt, um sie zum Widerruf ihrer Unterschrift zu bewegen. Es wurde behauptet, die Aktion sei nicht von Günter Wallraff, sondern von Agenten des Verfassungsschutzes organisiert worden. Schließlich wurden mehr als einhundert Parteiordnungsverfahren eingeleitet, die zum Ausschluß von siebzig Genossen führten. In Marburg wurde der gesamte Vorstand der DKP-Hochschulgruppe exkommuniziert. Die Säuberung wurde zugleich zum Anlaß genommen, um mit der ohnehin schwach ausgeprägten „eurokommunistischen Unterströmung“ in der DKP aufzuräumen. Gegenüber den „Bruderparteien“ in Italien, Spanien und Frankreich wurde fortan ein strikter Abgrenzungskurs betrieben. Parteikontakte auch auf unterer Ebene, etwa im deutsch-französischen Grenzgebiet an der Saar, wurden untersagt. Jede Verbindung zu den „eurokommunistischen“ Parteien bedurfte der Zustimmung der „Internationalen Abteilung“ beim Parteivorstand der DKP.

Bei der Suche nach den Sündenböcken wurden die SED- und DKP-Ideologen jedoch auch im eigenen Lager fündig. Als einer der Träger des eurokommunistischen Bazillus und als Anstifter zum Protest gegen die Biermann-Ausweisung wurde ausgerechnet Martin Walser ausgemacht – derselbe Walser, der auf dem Kulturpolitischen Forum der DKP seine „11 Punkte aus dem Arbeitsprogramm für Schriftsteller“ vorgetragen und sich noch auf der Literaturkonferenz der Partei 1974 zur Literaturpraxis der Kommunisten bekannt hatte. Aber Walser hatte zugleich in mehreren Interviews mit der „bürgerlichen Presse“ den Verdacht geäußert, die DKP sei keine „hiesige Partei“. Wichtige Entscheidungen würden in Ostberlin getroffen. Er wünsche sich eine „nationale Partei“ wie in Italien oder Frankreich. Aber eben das widersprach den Interessen der SED. Sie wollte unter allen Umständen ihren Interventionsapparat im Westen Deutschland erhalten und fürchtete eine Diskussion über die Eigenständigkeit der DKP wie der Teufel das Weihwasser.<sup>15</sup> Die Angst vor dem Gespenst des Eurokommunismus trieb die SED noch fast zehn Jahre später um. Die „Düsseldorfer Debatte“, eine kleine, von kritischen DKP-Wissenschaftlern redigierte Zeitschrift, geriet wegen einiger Beiträge über

15 Zur SED-Kritik an Martin Walser vgl. Ursula Reinhold, *Erfahrung und Realismus. Weimarer Beiträge* 7/1975, S. 70 ff.

den italienischen Reformkommunisten Gramsci ins Visier der SED-Zensoren. Der Vertrieb über die „collectiv“-Buchhandlungen wurde verboten. Um die Genossen von der Mitarbeit abzuschrecken, wurden von der Stasi fabrizierte Lügen in Umlauf gesetzt. Der Herausgeber Michael Ben wurde verdächtigt, sein Geld vom Verfassungsschutz zu beziehen und kriminelle Verfehlungen begangen zu haben.

Edle kommunistische Gesinnung allein genügte in den achtziger Jahren schon längst nicht mehr. Gefragt waren vor allem der „richtige Klassenstandpunkt“, auf Deutsch: die konkrete Zustimmung zu den jeweiligen Maßnahmen der SED-Führung. Wer derart auf Linie war, konnte sich des Wohlwollens von SED und DKP sicher sein und wurde wie einige der Künstler, die in Sachen Biermann „Verständnis für die besondere Situation der DDR“ gezeigt hatten, großzügig belohnt. So erhielt der Liedermacher Dieter Süverkrüp den Heinepreis der DDR, der Kabarettist Dietrich Kittner wurde Stargast im DDR-Fernsehen, und die Politsänger der DKP, allen voran Degenhardt, Wader und Süverkrüp, wurden auf den jährlichen Festivals des politischen Liedes in Ostberlin mit hohen Auszeichnungen bedacht.

Die kulturpropagandistische Auseinandersetzung mit dem „imperialistischen Klassengegner“ geriet jedoch zunehmend in die Defensive und erschöpfte sich in hastigen Reaktionen auf vermeintliche Provokationen des Westens. Als die Chefredaktion des „Stern“ 1978 einen Egon-Erwin-Kisch-Preis stiftete, fühlte sich die SED-Kulturabteilung nach der Devise „Kisch ist unser“ gekränkt und beauftragte die Redaktion des „elan“ und der „Roten Blätter“ – die Verbandsorgane der SDAJ und des MSB Spartakus –, einen eigenen Kisch-Preis auszuschreiben. Auf vergleichbarem Niveau bewegte sich die Antwort von SED und DKP auf die Verleihung des Büchnerpreises an den Dissidenten Reiner Kunze. Es galt zu beweisen, daß die „imperialistische BRD“ das Erbe des revolutionären Dichters Georg Büchner „mißachtet und verfälscht“. Zu diesem Zweck wurde der Arbeiterschriftsteller Erik Neutsch in den Westen entsandt, und prompt fand er das ehemalige Wohnhaus der Familie Büchner in Goddelau-Erfelden in einem „verwahrlosten Zustand“. Nach dem bewährten Motto „Büchner ist unser“ machten die Kulturpropagandisten von SED und DKP einen Skandal daraus. Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, der Demokratische Kulturbund und die DKP-Ratsfraktion in Mörfelden wurden beauftragt, mit Fackeln, mit Unterschriften und mit hurraproletarischem Pathos für eine Büchner-Gedenkstätte zu demonstrieren – just zum selben Zeitpunkt, als im nahen Darmstadt der Büchnerpreis an den „Konterrevolutionär“ Kunze verliehen wurde. Bei der einmaligen Aktion blieb es dann. Denn natürlich ging es den Drahtziehern in Ostberlin nicht um Büchner, sondern einzig und allein darum, die „BRD“ vorzuführen und anzuschwärzen. Ich selber war damals, von 1973 bis 1978, im Parteiauftrag als hauptamtlicher Sekretär des „Demokratischen Kulturbundes“ tätig. Es

handelte sich um eine ursprünglich im Londoner Exil gegründete kulturelle Vorfeldorganisation der Kommunisten, die zunächst mit dem „Kulturbund der DDR“ identisch war, zu Beginn der fünfziger Jahre aber in den meisten Bundesländern des Westens als „kommunistische Tarnorganisation“ verboten worden war. Verbal kämpften SED und DKP unermüdlich gegen das Kulturbund-Verbot, aber praktisch waren alle Bemühungen um die Relegalisierung der Vereinigung ohne jede Aussicht auf Erfolg. Das wußten selbstverständlich auch die juristischen Experten von SED und DKP, aber dennoch hielten die Kommunisten unverdrossen an ihren Forderungen nach Wiederezulassung des Kulturbundes fest. Ich selber war damals von der vermeintlichen Notwendigkeit eines Sammelbeckens für sympathisierende „Kulturarbeiter“ überzeugt und machte immer wieder den Vorschlag, doch den Namen und die Satzung zu ändern, um die Verbotsdrohung aus der Welt zu schaffen und um mit der praktischen Arbeit zu beginnen. Doch meine Vorschläge wurden jedes Mal energisch zurückgewiesen. Schließlich mußte ich erkennen, daß der SED überhaupt nicht daran gelegen war, die Tätigkeit einer eigenständigen Kulturvereinigung der westdeutschen Linken zu fördern. Sie war nur an einem interessiert: sie suchte krampfhaft nach Gründen, um die westdeutsche Seite kulturpropagandistisch anprangern zu können. Das andauernde Verbot einer als „antifaschistisch“ gerühmten Kulturvereinigung besaß für die SED offenkundig einen weit höheren Propagandawert als der Erfolg einer ihr nahestehenden Kulturorganisation.

Vergleichbare Erfahrungen mußten auch zahlreiche „Berufsverbotsopfer“ der DKP in den siebziger und achtziger Jahren machen. SED und DKP betrieben eine kompromißlose Konfliktstrategie. Sie übten Druck auf die Betroffenen aus, um sie von Loyalitätserklärungen gegenüber dem Staat und der Justiz abzuhalten, und trieben so die Zahl der Opfer des Radikalenerlasses weiter in die Höhe. Die Kommunisten auf beiden Seiten der Mauer brauchten ständig neue „Berufsverbotsfälle“, um die Bundesrepublik der Verletzung der Menschen- und der Bürgerrechte anzuklagen und um im Gegenzug den eigenen Staat als einen Hort der Freiheit darstellen zu können. Viele Betroffene durchschauten das Propagandaspiel, das SED- und DKP-Führung mit ihnen trieben, und verließen unmittelbar nach Abschluß ihres Verfahrens verbittert die Partei. Das im Büro der Hamburger DFU ansässige bundesweite „Komitee gegen die Berufsverbote“ war keine Selbsthilfeorganisation der Betroffenen, es fungierte vor allem als von der Westabteilung der SED ferngesteuerte Propagandaabteilung gegen das „westdeutsche Großkapital und die ihm hörigen Politiker“. Seine Mitarbeiter versuchten die Betroffenen durch falsche Versprechungen und Behauptungen an sich zu binden. So wurde die Legende in die Welt gesetzt, die DDR werde mit der Bundesregierung demnächst ein Abkommen schließen, das allen DKP-Angehörigen den Weg in den öffentlichen Dienst freimachen würde. Als das britische Russell-Tribunal

1978 „Zensur und Berufsverbote in beiden deutschen Staaten“ zum Thema eines Kongresses machen wollte, lehnte das zentrale Komitee entrüstet ab und witterte eine „trozkistisch-antikommunistische Provokation“ gegen die DDR.

Gegen Ende der siebziger Jahren waren die Kommunisten in der Bundesrepublik politisch weitgehend isoliert. Die Wahlerfolge einer neuen Konkurrenzpartei, der Grün-Alternativen, hatten auch die letzten Hoffnungen auf einen raschen Einzug in die überregionalen Parlamente zerstört. Die Ausweisung Wolf Biermanns und die nachfolgende Flucht anderer Dissidenten in den Westen hatten mehr Intellektuellen die Augen über das wahre Gesicht der SED-Herrschaft geöffnet. Aus dieser Krisensituation wurden SED und DKP zumindest zeitweilig durch das „Wunder der westdeutschen Friedensbewegung“ befreit. Die Friedensbewegung war selbstverständlich keine Erfindung der Kommunisten, die den Pazifismus und den Gewaltverzicht immer abgelehnt hatten. Aber es muß der Westabteilung der SED bescheinigt werden, daß es ihr gelungen ist, die besonders unter der Jugend und der Intelligenz jener Jahre weit verbreiteten Bedrohungsängste für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und mit dem „Krefelder Appell“ der Bewegung Richtung und Ziel vorzuschreiben. Die zentrale Losung – „Keine neuen Atomraketen in West und Ost“ – wurde zwar formell auf einer Friedenskonferenz der DFU in Krefeld und einer nachfolgenden DKP-Parteivorstandstagung beschlossen, aber die Weichen dafür waren selbstverständlich im SED-Politbüro – in Abstimmung mit der KPdSU-Führung in Moskau – gestellt worden.

Die Kommunisten und ihr Anhang hatten in der Friedensbewegung nie die Mehrheit, aber sie beherrschten dank ihrer klugen Regie, ihrer Kaderpolitik und ihrer planmäßigen Vorbereitung die meisten Versammlungen der Friedensbewegten. Auf lokaler Ebene lenkten die DKP-Ortsgruppen die Arbeit zahlreicher Initiativen. SED und DKP stellten der Friedensbewegung „ihre ganze Kraft“ zur Verfügung, ihr know-how in der politischen Kleinarbeit, ihre Organisiertheit und ihre unerschöpflichen finanziellen Mittel. Flugblätter und Broschüren wurden kostenlos in der DKP-Druckereien vervielfältigt. Der Pahl-Rugenstein-Verlag in Köln bot dem zentralen „Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) unentgeltlich seine Räumlichkeiten und seine technischen Mittel zur Nutzung an und sicherte so die „Anbindung“ an das Fernleitungsnetz der SED.

Ganz in den Händen des DKP-Apparates lag die Durchführung der zentralen Aktionen, der verschiedenen Bonner „Großdemonstrationen“ und der „kulturellen Manifestationen“, also vor allem der Veranstaltungen der „Künstler für den Frieden“ am 11.09.82 in Bochum und am 03./04.09.83 in Hamburg. Bereits an den Vorbereitungstreffen nahmen offiziell Vertreter der DDR teil, in der Regel SED-Genosse Hans-Peter Minetti, Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst und Mitglied des ZK. Sein Hauptinteresse war zu verhindern, daß Wolf



Biermann oder ein anderer Dissident die Festivals zu „antikommunistischen und entspannungsfeindlichen Ausfällen mißbrauchen“ könnte. Für diesen Fall drohte er wiederholt mit der Absage aller Künstler aus den Ostblockländern – ein Erpressungsmanöver, das seine Wirkung nie verfehlte, weil die Veranstalter sich unbedingt an die Vorgabe halten wollten: „Künstler aus West und Ost gegen die neuen Atomraketen“. Offiziell traten alle Künstler ohne Gage auf, aber unter der Hand wurden zum Teil enorme Summen bezahlt, besonders an internationale Stars. Auch sonst wurde an nichts gespart. Die Rechnung, die das Hotel Intercontinental dem Hamburger Friedensforum für die Unterbringung seiner Festivalgäste ausstellte, belief sich auf 36.000 DM und sorgte für beträchtliches Kopfschütteln in den lokalen Friedensinitiativen. Im übrigen gab auch der Hamburger Senat den „Künstlern für den Frieden“ seinen Segen und gab für die Teilnehmer einen offiziellen Empfang im Rathaus.

Mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages über die Raketenstationierung verlor die Friedensbewegung rasch an Atem. Der politische Frust lähmte jede neue Initiative. In dieser Situation griff die Westabteilung der SED auf einen „alten Hut“ zurück und verordnete ihren Verbänden für das Jahr 1985, „den vierzigsten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, eine außerordentliche und umfassende antifaschistische Aktionstätigkeit“. Um die DDR als das „wahre Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ gebührend herauszustellen, wurden auf Anregung Erich Honeckers fünf Millionen DM Sondermittel aus dem Devisenfonds der SED flüssig gemacht. In Frankfurt wurde im Haus der VVN ein eigenes Aktionsbüro geschaffen, es wurden Tausende von Plakaten gedruckt, und der Plambeck-Verlag in Neuss lieferte eine Werbebroschüre zum Lobe der „antifaschistischen Errungenschaften der DDR“ in einer Auflage von sechs Millionen aus. Eine erkennbare Wirkung hinterließ die Kampagne nicht – außer etlichen Verdienstorden der DDR für die Funktionäre der VVN und für Honeckers engste Weggefährten in der DKP-Führung. In der Spätphase der SED-Herrschaft erfreuten sich vor allem die „alten Kämpfer“ der besonderen Zuwendung ihrer Patrone.

Doch mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows im April 1985 begann sich die Situation rasch zu verändern. Auch in den Beziehungen zwischen SED und DKP gab es erste Verstimmungen. Bereits auf dem Hamburger Parteitag im April 1986 glaubten die SED-Anleiter persönliche Gründe zu haben, über ihren Interventionsapparat im Westen enttäuscht zu sein. Der Beifall für den sowjetischen Gast, Boris Jelzin, war um etliche Dezibel lauter als für den Delegierten der SED, Hermann Axen, dem in der Diskussion von einem jungen Genossen sogar vorgeworfen wurde, er habe nur „leeres Stroh gedroschen“<sup>16</sup>. Noch tiefer war die Verbitterung, als im September 1987 Erich

16 Gegen den betreffenden Genossen – Andreas Müller-Goldenstedt – wurde ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, das Anlaß zu heftigen Kontroversen zwischen der DKP-Führung und dem Hamburger Bezirksvorstand war.

Honecker zum ersten Mal die Bundesrepublik besuchte. Der Generalsekretär der SED war sehr verärgert darüber, daß die DKP nicht imstande war, ihm wie bei dem Besuch Willi Stophs in Kassel 1970 oder Leonid Breschnews 1973 in Bonn einen „jubelnden Empfang“ zu bereiten. Zu jener Zeit hatte die Gorbatschow-Fraktion in der DKP bereits so viel Gewicht gewonnen, daß es die Führung nicht mehr wagte, die Basis zur Begrüßung Honeckers abzukommandieren. Auf dem Höhepunkt der Fraktionskämpfe im Oktober 1988 bestellte Honecker das gesamte DKP-Präsidium zu sich, kanzelte die Genossen wie ein Oberlehrer ab und verlangte ultimativ die Entfernung aller „Erneuerer“ aus dem Apparat und dem Parteivorstand. Anderenfalls werde er der DKP die finanziellen Mittel entziehen und eine „richtige KP, eine KPD“, gründen.<sup>17</sup> Die DKP-Führung verstand die Weisung, handelte entsprechend und provozierte damit eine Parteikrise, die das Auseinanderbrechen der SED um fast genau ein Jahr vorwegnahm. Es gibt Anzeichen dafür, daß der greise Honecker den Selbstzerfleischungsprozeß innerhalb der DKP tatsächlich wie ein Menetekel des eigenen Untergangs gesehen hat, zumal die DKP für ihn stets „Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blut“<sup>18</sup> gewesen ist.

Es besteht kein Grund, die politische Wirksamkeit der DKP im nachhinein zu überschätzen. Eine wirkliche Gefahr für die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik hat sie vermutlich nie dargestellt – trotz der millionenschweren Subventionen aus dem Devisenfonds der SED. Wenn überhaupt, dann hat die DKP am ehesten Einfluß auf dem kulturellen Sektor erzielt und mit Hilfe ihrer Kulturpropaganda dazu beigetragen, daß sich in weiten Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein DDR-freundliches Meinungsklima herausbilden konnte. Unter seiner Wirkung wurde von vielen intellektuell und kulturell Tätigen die Existenz des anderen deutschen Staates durchweg wohlwollend beurteilt und wurden Menschenrechtsverletzungen in der DDR mit dem Mantel des Schweigens zugedeckt. Das ist sicher nicht ohne indirekten Einfluß auf die offizielle Deutschlandpolitik der Bundesregierungen geblieben und hat die allgemeine Tendenz gefördert, die in Deutschland entstandenen machtpolitischen Realitäten anzuerkennen und mit den Machthabern im Osten nach Wegen der Koexistenz und der Kooperation zu suchen. Insofern mögen sich die hohen Investitionen der SED im kulturpropagandistischen Bereich für das Regime zumindest zeitweilig auch ausgezahlt haben, haben sie doch dazu beigetragen, daß über Jahre hindurch im Westen eine Art Kultur-KoKo wirksam wurde, die jede Kritik an der DDR als „antikommunistisch“ tabuisierte

17 Aussage von Werner Stürmann, Mitglied des DKP-Präsidiums, auf dem DKP-Fortsetzungsparteitag im Februar 1989 in Wuppertal.

18 Erich Honecker auf dem Empfang für die DKP-Delegation zu den X. Weltfestspielen in Berlin am 10.08.1973 (nach Notizen des Autors).

und dem Regime ermöglichte, sich bei jeder Gelegenheit als das bessere, weil „antifaschistische“ Deutschland darzustellen.

### *Zusammenfassung*

Die 1968 „neukonstituierte“ DKP war keine selbständige kommunistische Partei, sondern von Anfang an ein verlängerter Arm und Interventionsapparat der SED. Das erwies sich besonders schlagend im Bereich der Kulturpolitik und -propaganda, der zumindest zeitweilig ein hoher Stellenwert zuerkannt wurde. Die Kommunisten setzten vor allem auf die Werbekraft ihrer vermeintlichen „kulturellen Errungenschaften“ in der DDR.

Die für die Kulturarbeit verantwortlichen DKP-Funktionäre wurden in der DDR politisch und ideologisch geschult, sie wurden – in der Regel über Scheinarbeitsverhältnisse bei Firmen der „Kommerziellen Koordinierung“ – von der SED bezahlt und waren über spezielle Anleitungsstränge an die Weisungen von der Kulturabteilung beim ZK der SED gebunden. Die von der Leninschen Zweikulturentheorie abgeleitete DKP-Kulturprogrammatische war ein Fabrikat von Kulturtheoretikern der SED. Sie hatten nicht das geringste Interesse an der Entwicklung einer eigenständigen Linkskultur in der Bundesrepublik, sondern anerkannten für die Kulturpropaganda der DKP nur eine „Hauptaufgabe“: die Propagierung der „sozialistischen Nationalkultur der DDR“ – im erklärten Gegensatz zur „imperialistischen Kulturdemontage in der BRD“.

Zur Durchsetzung ihrer kulturpolitischen Ziele stand SED und DKP ein beachtlicher Apparat zur Verfügung. Zur kommunistischen Literaturholding im Westen gehörten zeitweilig bis zu 14 Verlage und 39 Buchhandlungen, ein kulturpropagandistisches Netzwerk, dem keine demokratische Partei Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Es wurden beträchtliche Geldmittel in Millionenhöhe eingesetzt, um sympathisierende Autoren, Künstler und Wissenschaftler möglichst eng an das SED-Regime zu binden. Die Medien der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen wurden ohne Einschränkung von der SED subventioniert, reglementiert und zensiert. Sie unterlagen durchweg denselben Zensurbestimmungen wie die DDR-Presse und wurden im kulturellen Bereich vor allem dazu benutzt, die DDR-Kulturpolitik einschließlich der Unterdrückung aller oppositionellen Ansätze zu rechtfertigen.

Eine eigenständige Kulturarbeit wurde der DKP zu keiner Zeit zugestanden. Regelmäßige Anleitungen auf zentraler und bezirklicher Ebene sorgten dafür, daß sich die kulturelle Tätigkeit der DKP auf den einen Schwerpunkt konzentrierte: Autoren, Künstlern und Kulturensembles aus der DDR im Westen optimale Möglichkeiten zur Selbstdarstellung und zur Werbung für die Kultur- und Deutschlandpolitik der SED zu verschaffen. Besonders eifersüchtig war

die SED darauf bedacht, daß die DKP und die ihr angeschlossenen Institutionen ausschließlich das parteikonforme Geschichtsbild verbreiteten, das jede Debatte über den Stalinismus und über eigene Fehler und Verbrechen ausschloß.

Aus strategischem Interesse waren SED und DKP darum bemüht, auch im Westen „Intelligenz und Arbeiterklasse zusammenzuführen“, um die theoretischen und praktischen Voraussetzungen für die ideologische Lenkung von Kultur und Medien durch die Kommunisten zu schaffen. Darum unterstützten die Funktionäre von SED und DKP „gewerkschaftlich orientierte“ Organisationen wie den „Werkkreis Literatur und Arbeitswelt“ oder den „Verband deutscher Schriftsteller“ und waren bestrebt, in ihnen Schlüsselpositionen zu besetzen. Ihr besonderes Interesse galt der in den achtziger Jahren neu entstandenen IG Medien. Zugleich wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die Kontakte zu wichtigen Massenmedien auszubauen und durch eine positive Berichterstattung für ein DDR-freundliches Meinungsklima im Westen zu sorgen. Insofern hatte die DKP-Kulturpropaganda ihren Anteil daran, daß sich Anfang der achtziger Jahre im kulturellen Leben der Bundesrepublik ein der „KoKo“ durchaus vergleichbares System gegenseitiger Rücksichtnahmen herausbilden konnte. Es schuf die Voraussetzungen dafür, daß vielerorts über die DDR nur Gutes gesagt und jede Kritik etwa an der Behandlung der Dissidenten als „antikommunistisch“ verteufelt wurde. Voll zum Tragen kam dieses Beziehungsgeflecht während der Friedensbewegung und besonders unter den „Künstlern für den Frieden“, die vielfach auf dem linken Auge blind wurden. Viele von ihnen wollten den diktatorischen Charakter des SED-Regimes nicht wahrhaben und hielten der DDR die Treue – bis in die Tage ihres Untergangs.